



In der Debatte – Blick ins politisch-historische Feuilleton

Denise Lindsay

Auf einen Blick

- › Die Erinnerungskultur in Deutschland und anderen Teilen der Welt ist zunehmend umkämpft. Neuen Formen des Gedenkens müssen angesichts des Verschwindens der Zeitzeugen sowie des wieder anwachsenden Antisemitismus gefunden werden. Bildung, historische Reflexion und gesellschaftliche Verantwortung bleiben entscheidend, um antisemitischen Tendenzen und geschichtsvergessenen Entwicklungen wirksam zu entgegenzutreten. Bloßes Gedenken muss in aktives Engagement umgewandelt werden.
- › Eine Weltordnung im Umbruch, wachsende internationale Unsicherheit, die Erosion bislang geltender Regeln und die Unberechenbarkeit der USA unter Trump stellen Europa weiterhin vor große Herausforderungen. Die Debatte über eine atomare Bewaffnung Deutschlands beginnt erneut. Europa kann nur dann global bestehen, wenn es seine internen Blockaden überwindet, die technologische und ökonomische Modernisierung vorantreibt sowie eine gemeinsame und glaubwürdige Sicherheitsarchitektur entwickelt.
- › Die Debatte um Meinungsfreiheit zeigt, dass nicht die Freiheit selbst erodiert, sondern ihr gemeinsames Verständnis durch eine Verzerrung des Diskurses unter Druck gerät.

Inhaltsverzeichnis

In der Debatte: Gedenken und Erinnern	2
In der Debatte: Europa und die Neuordnung der Welt.....	4
In der Debatte: Demokratie und Meinungsfreiheit	9
Rezensionen	11
Impressum.....	15

In der Debatte: Gedenken und Erinnern

Casey Babb and Naya Lekht argumentieren im *Wall Street Journal*¹, angesichts zunehmender antisemitischer Vorfälle weltweit reiche bloßes Erinnern wie etwa am Holocaust-Gedenktag nicht mehr aus. Gegenwärtige Formen des Judenhasses würden häufig übersehen, weil Antisemitismus meist ausschließlich durch die historische Linse des Holocaust vermittelt werde. Dadurch wirkten nur offen entmenslichende oder gewalttätige Übergriffe als antisemitisch, während moderne Erscheinungsformen – etwa Vorwürfe, Israel begehe Völkermord, oder die Behauptung, der Zionismus sei rassistisch – häufig nicht als solche erkannt würden. In Bildungseinrichtungen und am Arbeitsplatz führe dies dazu, dass jüdische Menschen diffamiert oder ausgegrenzt würden, wenn sie auf diese Formen des Antisemitismus hinweisen würden. Judenhass habe sich historisch immer wieder gewandelt: von religiösen Verleumdungen über pseudowissenschaftliche Rassentheorien bis hin zu heutiger antizionistischer Rhetorik, die sich moralischer Menschenrechtsbegriffe bediene. Die ausschließliche Fixierung auf den Holocaust habe zudem ein verzerrtes moralisches Schema verfestigt, in dem Macht pauschal als Schuld interpretiert werde und jüdische Selbstbestimmung als verdächtig gelte. Um aktuellen Bedrohungen wirksam zu begegnen, sei ein umfassenderes Bildungsverständnis erforderlich, das die wandelbaren Formen des Antisemitismus klar benenne und moderne Verleumdungen als Fortsetzung jahrhundertealter Muster kenntlich mache.

Gad Arnsberg zeichnet in der *FAZ*² nach, wie sich das jüdische Leben in Deutschland seit 1945 entwickelt habe und wie eng diese Entwicklung mit deutscher Politik, Erinnerungskultur und internationaler Wahrnehmung verflochten gewesen sei. Nach dem Krieg galt die kleine jüdische Gemeinschaft als moralischer Prüfstein der neuen Bundesrepublik, während die Deutschen selbst lange Zeit der Auseinandersetzung mit dem Holocaust ausgewichen seien. Erst ab den 1980er Jahren habe die Erinnerung an die Schoa an Bedeutung gewonnen und sei zu einem zentralen Bestandteil deutscher Identität, später sogar zur Staatsräson mit Blick auf Israel geworden. Dieses Gefühl von Sicherheit und Anerkennung erweise sich jedoch als brüchig, denn Antisemitismus bleibe in verschiedenen Formen bestehen – latent, kodiert oder offen –, sowohl von rechts als auch aus Teilen der linken und migrantischen Milieus. Spätestens seit dem 7. Oktober 2023 sei sichtbar geworden, dass der Hass auf Juden und Israel in großer Wucht zurückgekehrt sei und sich gesellschaftliche Allianzen quer über politische Lager hinweg gebildet hätten. Moderne antikoloniale und identitätspolitische Theorien reproduzierten antisemitische Denkmuster, indem sie Israel fälschlich des „Siedlerkolonialismus“ bezichtigten und Juden von Opfern zu vermeintlich privilegierten Tätern umdeuteten. Dieser moralisch aufgeladene Diskurs führe dazu, dass Gewalt gegen Israelis relativiert oder sogar gefeiert werde und der traditionelle Judenhass in neuem ideologischem Gewand auftreten könne. Antisemitische Ressentiments griffen zunehmend auf Juden in der Diaspora über, die sich wieder weniger sicher fühlten und häufig ihre Identität verbergen würden. Die Schwäche

¹ Casey Babb and Naya Lekht, Holocaust Education Obscures Antisemitism, *Wall Street Journal*, 26.1.2026.

² Gad Arnsberg, Ende der Schonzeit. Über Israel, die Juden und den Ausklang der Nachkriegsära in Deutschland, *FAZ*, 24.1.2026.

des deutschen Bildungssystems im Umgang mit Zwanderermilieus und politischem Islam verschärfe das Problem zusätzlich. Die Erinnerung an den Holocaust, die lange als Schutzraum für jüdisches Leben gegolten habe, erodiere zunehmend unter ideologischem und politischem Druck, womit jüdische Bürger erneut in eine prekäre Außenseiterrolle gedrängt würden.

Der *Kommentar* in der *Times*³ warnt davor, mit dem Sterben der letzten Holocaust-Überlebenden wachse die Gefahr, dass Leugner, Extremisten und Antisemiten die Geschichte verfälschten. In einer Zeit digitaler Manipulation könne die Glaubwürdigkeit historischer Zeugnisse zusätzlich untergraben werden. Deshalb sei Holocaust-Bildung besonders wichtig, vor allem am 27. Januar, dem Holocaust Memorial Day. Allerdings sei die Zahl der Schulen in Großbritannien, die sich daran beteiligten, im Lauf der Jahre rapide gesunken. Dieser Rückgang könne teilweise mit den Reaktionen auf Israels Militäroperation in Gaza nach dem Hamas-Massaker vom 7. Oktober 2023 zusammenhängen. Eine solche Entwicklungen könne aber auch Ausdruck für einen wiederauflebenden Antisemitismus sein und daher sei es wichtig, dass die Erinnerung an die Schoa eine zentrale Verantwortung aller Schulen und der gesamten Gesellschaft bleibe.

In der *Welt*⁴ kritisiert *Christine Brinck*, an deutschen Schulen habe eine zunehmende Geschichtsvergessenheit Einzug gehalten. Zu wenig Unterrichtszeit und fachfremd erteilte Geschichtsstunden würden dazu führen, dass junge Menschen historische Zusammenhänge nicht mehr verstehen könnten. Geschichtsunterricht sei unverzichtbar, weil er politische, gesellschaftliche und kulturelle Entwicklungen erklärbar mache und helfe, Fake News und ideologische Verzerrungen zu erkennen. Frühzeitiges historisches Lernen ermögliche Kindern, ihre eigene Herkunft und Identität einzuordnen, bevor der Blick schrittweise auf nationale, europäische und globale Geschichte erweitert werde. Ohne solide historische Kenntnisse könnten zentrale Begriffe wie Demokratie und Diktatur oft nicht verstanden werden. Dies hätten Studien gezeigt, in denen Schüler beispielsweise NS-Diktatur, DDR und Bundesrepublik kaum unterscheiden konnten. Fatal seien bildungspolitische Vorhaben, Geschichte zu einem Wahlfach zu machen oder Themen wie die DDR-Geschichte zu streichen, da dadurch historisches Verständnis weiter verlorengehe. Wichtiger sei stattdessen mehr Unterrichtszeit und eine nicht-moralisierende Vermittlung historischer Fakten, die komplexe Zusammenhänge differenziert darstelle. Geschichte sei notwendig, um Entwicklungen der Gegenwart einordnen zu können, und müsse daher gründlich, faktenbasiert und in ausreichender Tiefe gelehrt werden, damit Schüler lernen könnten, die Welt besser zu verstehen.

Stephan-Andreas Casdorff betont im *Tagesspiegel*⁵ die Bedeutung des Holocaust-Gedenktags, erinnert an die sechs Millionen Opfer und betont, dass „Nie wieder“ ein aktiver gesellschaftlicher Auftrag sein müsse. Angesichts stark gestiegener Straftaten müsse Antisemitismus entschlossener bekämpft werden. Zentrale Mittel seien eine fundierte historische Bildung, die Empathie fördere und aktuelle Formen von Judenhass sichtbar mache, sowie eine konsequente Benennung und strafrechtliche Verfolgung antisemitischer Handlungen. Der Schutz jüdischen Lebens sei eine staatliche Kernaufgabe und der Kampf gegen Antisemitismus eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung, die Zivilcourage im Alltag und mehr Medienkompetenz im digitalen Raum erfordere. Zivilcourage beginne im Alltag, etwa durch Widerspruch gegen antisemitische Kommentare, Verschwörungsmythen oder Täter-Opfer-Umkehr, sowohl im persönlichen Umfeld als auch online. Der digitale Raum gelte als besonderer Verstärker von Hass und Desinformation; deshalb müsse Medienkompetenz gestärkt und klar

³ The Times View, Why children need a history lesson on horrors of the Holocaust, The Times, 27.1.2026.

⁴ Christine Brinck, Das stille Verschwinden des Geschichtsunterrichts, *Welt*, 12.2.2026.

⁵ Stephan-Andreas Casdorff, Holocaust-Gedenktag. Sich erinnern heißt handeln, *Der Tagesspiegel*, 27.1.2026.

unterschieden werden zwischen legitimer Meinungsfreiheit und Angriffen auf die Menschenwürde. Entscheidend sei nicht nur, an das Geschehen von damals zu erinnern, sondern heute aktiv zu handeln. Antisemitismus gelte als Prüfstein der Gegenwart; ihm entgegenzutreten bedeute, die Menschenwürde zu schützen und aus der Geschichte konkrete Konsequenzen zu ziehen.

In der *FAZ*⁶ stellt *Simon Strauss* die Rede des Bundeskanzlers auf der Sicherheitskonferenz in München dem gleichzeitig stattfindenden Gedenken in Dresden an die Opfer der alliierten Bombardierung vom 13. Februar 1945 gegenüber. Aus der Erfahrung des Totalitarismus folge für den Kanzler nicht nur die Warnung vor zu viel staatlicher Macht, sondern auch vor einem Staat, der zu schwach sei, um die Freiheit zu sichern. Während der Kanzler aus der deutschen Geschichte eine neue außenpolitische Führungsrolle und stärkere staatliche Handlungsfähigkeit ableite, zeige das Dresdner Erinnern an die Bombennacht von 1945, wie umkämpft und vielschichtig historische Deutung in Deutschland bleibe. Die Diskussion darüber, wie an dieses Ereignis zu erinnern sei – als Terror gegen Zivilisten oder als Teil der Konsequenzen deutscher Schuld –, ziehe sich seit Jahrzehnten durch die deutsche Erinnerungskultur. Zwischen stillem Gedenken, kirchlicher Besinnung, politischer Instrumentalisierung und dem Verschwinden der letzten Zeitzeugen entstehe das Bild einer Gesellschaft, die nach neuen Formen des Erinnerns suche. Die Rituale, die politischen Deutungen und die gesellschaftlichen Gruppen stünden sich oft unversöhnlich gegenüber. Am Ende stelle sich daher die Frage, wie eine neue, tragfähige Form des Erinnerns aussehen könne, eine, die weder politisch instrumentalisiert werde noch in rituelle Beliebigkeit ver falle. Die Republik stehe auch erinnerungskulturell an einer Wegg scheide, denn die neue außenpolitische Selbstbehauptung brauche eine reflektierte, zugleich gemeinsame Grundlage historischer Selbstvergewisserung.

Dankwart Guratzsch befasst sich in der *Welt*⁷ mit dem Gedenken in Dresden an Bombardierung vom 13. Februar 1945, ein Ereignis, das zunehmend Politisierung und „Eventisierung“ erfahre. Während viele Dresdner weiterhin still ihrer Toten gedenken wollten, werde der Tag zunehmend von linken und rechten Demonstranten genutzt, die das traditionelle Erinnern zu überlagern suchten. Politische Akteure und Protestbündnisse sprächen vom „Mythos Dresden“ und versuchten, die historische Erzählung umzudeuten oder zu „entmythologisieren“. Maßnahmen wie Historikerkommissionen, eine Menschenkette oder ein neuer Beirat zur Erinnerungskultur hätten jedoch eher neue Konflikte geschaffen. Die Stadt versuche, Erinnerungsorte zu verlagern, doch die Polarisierung nehme weiter zu. Trotz all dieser Eingriffe halte die Dresdner Bevölkerung an ihrem stillen, persönlichen Gedenken fest und frage sich, warum die Stadtpolitik dieses nicht konsequenter schütze.

In der Debatte: Europa und die Neuordnung der Welt

Herfried Münkler blickt im Gespräch mit der *NZZ am Sonntag*⁸ auf die Erosion der bisherigen internationalen Ordnung und die zunehmende Dominanz machtpolitischer Logiken. Während europäische Akteure weiterhin auf Völkerrecht und Normen pochten, erscheine dies global wenig wirksam, da sie nicht über die Mittel verfügten, diese Regeln durchzusetzen. Regelbrecher wie Russland profitierten derzeit eher von ihrer Vorgehensweise, während regelkonforme Staaten benachteiligt scheinen. Die Rückkehr zu einer politischen Grammatik des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, geprägt von Stärke und Macht, zeige sich besonders deutlich in

⁶ Simon Strauss, Ein neue Schule des Erinnerns, *FAZ*, 16.2.2026.

⁷ Dankwart Guratzsch, Gedenken braucht keinen Mythos, *Die Welt*, 13.2.2026.

⁸ Markus Bernath, „Regelbrecher sind die Gewinner“. Fragen an den Politikwissenschaftler Herfried Münkler, *NZZ am Sonntag*, 26.1.2026.

der amerikanischen Politik unter Donald Trump, dessen Einfluss über seine Person hinausreiche. Hinter ihm stünden Akteure wie Vizepräsident JD Vance, die eine deutliche strategische Abkehr von Europa verfolgten. Trumps Konzept zielen auf eine machtpolitische Ordnung mit einem Dreierdirektorium der Großmächte USA, China und Russland, wobei er die amerikanische Kontrolle über den Nordatlantik ausweiten wolle. Diese Entwicklung stelle Europa vor große Herausforderungen. Die NATO sei kein Bündnis des Vertrauens mehr, und der Erfolg russischer Territorialgewinne in der Ukraine könne revisionistische Begehrlichkeiten in weiteren Staaten wecken, etwa in Serbien, der Türkei oder Ungarn. Die internationale Ordnung sei ins Rutschen geraten, weil sie lange auf rationalem Kosten-Nutzen-Kalkül basierte, dabei aber emotionale Faktoren wie Ressentiments unterschätzte – vor allem jenes Russlands gegenüber dem Westen. Die zunehmende Unberechenbarkeit autoritärer Akteure offenbare die Grenzen der bisherigen westlichen Annahmen über politische Rationalität. Europa agiere zudem zu langsam für eine Welt, deren Tempo von autoritären Mächten bestimmt werde. Gleichzeitig formiere sich innerhalb der EU eine informelle Hierarchie: Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Polen und Italien entwickelten sich zu einem handlungsfähigeren Kern. Um nicht zwischen den Großmächten unterzugehen, müsse Europa selbst zum globalen Akteur werden, und zwar militärisch wie technologisch. Gelingen es, Verbündete wie Kanada, Australien, Neuseeland, Südkorea oder Japan einzubinden, könnte ein multipolares System mit vier oder fünf Machtzentren entstehen, das stabiler wäre als ein Dreierkonflikt zwischen den USA, China und Russland.

Christian Mölling betrachtet im *Spiegel*⁹ die Forderung nach einer deutschen Atombombe als Reaktion auf die zunehmende Unberechenbarkeit der USA unter Donald Trump und den damit verbundenen Vertrauensverlust in den westlichen Sicherheitsverbund. Zwar erscheine eine eigene Nuklearwaffe auf den ersten Blick als Mittel zu mehr Stärke und Unabhängigkeit, doch wäre sie weder eine verlässliche Sicherheitsgarantie noch strategisch sinnvoll. Nuklearwaffen schützten nur, wenn die Drohung glaubwürdig sei und diesen Zustand müsste Deutschland erst mit einer umfassenden nuklearen Strategie, politischer Entschlossenheit und öffentlicher Zustimmung erreichen. Der Weg zur Bombe wäre zudem teuer, politisch gefährlich und international destabilisierend. Deutschland müsste Verträge brechen, seine Nachbarn verunsichern und starke Gegenreaktionen von USA und Russland riskieren. Statt nationaler Alleingänge brauche Deutschland vor allem starke konventionelle Fähigkeiten und enge Partnerschaften, um Sicherheit herzustellen, ohne die nukleare Schwelle unnötig zu senken. Die Debatte sei dennoch sinnvoll, weil sie klären könne, welche sicherheitspolitischen Prinzipien Deutschland künftig leiten sollten, aber eine nationale Atombombe stelle einen gefährlichen Irrweg dar.

Berthold Kohler blickt in der *FAZ*¹⁰ auf die wachsende sicherheitspolitische Unsicherheit Europas angesichts zweier Faktoren, zum einen Putins Aggression gegen die europäische Friedensordnung und zum anderen Trumps mangelnde Bereitschaft, Europa militärisch zu schützen. Da Russland seinen Krieg durch nukleare Abschreckung absichere und die USA unter Trump als unzuverlässig erschienen, wachse in Europa die Sorge, ob der amerikanische Atomschutz weiterhin gelte. Deutschland und andere europäische Staaten zögerten deshalb – aus Angst vor atomarer Eskalation –, die Ukraine stärker militärisch zu unterstützen. Gleichzeitig wüchsen die Zweifel, ob die USA im Ernstfall für europäische NATO-Staaten ihr eigenes Überleben riskieren würden. In dieser Lage denke auch die Bundesregierung darüber nach, ob französische und britische Atomarsenale den Verlust amerikanischer Abschreckung kompensieren könnten. Doch ihr nukleares Potenzial reiche nicht annähernd an das der USA heran. Angesichts dieser „doppelten Zeitenwende“ stelle sich die Frage, ob Deutschland – wie schon in der Ära Adenauer erwogen – zumindest über eine eigene nukleare Bewaffnung nachdenken

⁹ Christian Mölling, Wollen wir wirklich eine deutsche Atombombe?, *Der Spiegel*, 13.2.2026.

¹⁰ Berthold Kohler, Die Furcht des Kanzlers vor der Bombe, *FAZ*, 19.2.2026.

sollte. Nicht das Nachdenken darüber fahrlässig sei, sondern das Unterlassen. Deutschland könnte sich zwar aus völkerrechtlichen und politischen Gründen gegen eine eigene Atombewaffnung entscheiden, doch das beseitige weder die Risiken wie etwa ein mögliches Ende des amerikanischen Schutzschirms noch die Gefahr eines weltweiten Aufweichens der Nichtverbreitung. Gleichzeitig bleibe das Glaubwürdigkeitsproblem amerikanischer Abschreckung bestehen, was andere Staaten wie Polen bereits dazu veranlasst habe, offen über eigene Atomwaffen nachzudenken.

Im *Tagesspiegel*¹¹ konstatiert *Stephan-Andreas Casdorff*, eine Debatte über europäische Atomwaffen angesichts der veränderten Sicherheitslage sei – insbesondere durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und die Unberechenbarkeit der USA – notwendig geworden, da Europa sich nicht länger ausschließlich auf den amerikanischen Schutzschirm stützen könne. Frankreich und Großbritannien verfügten bereits über Atomwaffen, weshalb die eigentliche Frage sei, ob diese nukleare Fähigkeit europäisch geteilt und politisch eingebettet werden könne und ob Deutschland bereit sei, mehr Verantwortung zu übernehmen, ohne selbst Atommacht zu werden. Die Diskussion sei ein Paradigmenwechsel weg von deutscher außenpolitischer Zurückhaltung hin zu strategischer Eigenständigkeit, besonders da nationale Alleingänge wie Polens Überlegungen zu einer eigenen Bombe europäische Antworten erforderlich machten. Europa müsse eine gemeinsame, glaubwürdige Sicherheitsarchitektur aufbauen, strategische Autonomie ernst nehmen und sich seiner sicherheitspolitischen Verantwortung stellen.

Georg Ismar und *Joachim Käppner* erinnern in der *Süddeutschen Zeitung*¹² an die Debatte um eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr in den 1950er Jahren, die angesichts der aktuellen Unsicherheit über die Verlässlichkeit des amerikanischen nuklearen Schutzschirms unter Donald Trump erneut auflebe. Schon Konrad Adenauer habe daran gezweifelt, ob die USA im Ernstfall wirklich atomar für Europa eintreten würden, und habe deshalb trotz völkerrechtlicher Verpflichtungen auf taktische Atomwaffen für die junge Bundesrepublik gedrängt, was massive Proteste, die Göttinger Erklärung der Kernphysiker und die Bewegung „Kampf dem Atomtod“ ausgelöst habe. Letztlich hätten die USA und die NATO-Partner deutsche Atomambitionen verhindert, die Bundesrepublik in die bis heute bestehende nukleare Teilhabe eingebunden und sie 1969 zum Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag gezwungen. Heute verfüge Deutschland weiterhin über keine eigenen Atomwaffen, sondern über amerikanische Atombomben unter amerikanischer Kontrolle auf deutschem Boden. Die meisten deutschen Parteien, die früher den Abzug der amerikanischen Atomwaffen insbesondere in Wahlkämpfen gefordert hätten, hielten heute angesichts der unsicheren Haltung der Trump-Regierung den Verbleib des amerikanischen nuklearen Schutzschirms in Deutschland für notwendiger denn je – eine Debatte, die stetig an Brisanz gewinne.

Die Diskussion über eine „deutsche Atombombe“ gewinne an Aufmerksamkeit, weil zwei frühere sicherheitspolitische Gewissheiten bröckelten: der verlässliche Schutz der USA und die Eindämmung Russlands, konstatiert *Peter R. Neumann* im *Tagesspiegel*¹³. Dennoch bleibe eine eigene deutsche Bombe unrealistisch, sie wäre politisch isolierend, extrem teuer und würde internationale Verträge brechen. Stattdessen rücke die Idee eines europäischen Nuklearschirms in den Fokus. Frankreich verfüge bereits über eine unabhängige Abschreckung und signalisiere Offenheit für eine europäische Rolle, doch die politische Umsetzung – etwa Fragen der Kontrolle und Verlässlichkeit – bleibe schwierig. Großbritannien wäre ebenfalls ein

¹¹ Stephan-Andreas Casdorff, Die Debatte über europäische Atomwaffen darf kein Tabu mehr sein, *Der Tagesspiegel*, 19.2.2026.

¹² Georg Ismar/Joachim Käppner, Der Griff nach der Bombe, *SZ*, 14.2.2026.

¹³ Peter R. Neumann, Braucht Deutschland die Atombombe?, *Der Tagesspiegel*, 24.2.2026.

möglicher Partner, sei jedoch nach dem Brexit politisch komplizierter einzubinden. Letztlich fehle Europa vor allem strategische Einigkeit. Ohne klare gemeinsame Ziele und Entscheidungsstrukturen bleibe eine europäische Nuklearkoption theoretisch. Für eine glaubwürdige Abschreckung brauche es jedoch eindeutige Verantwortlichkeiten im Ernstfall.

Europa erkenne zunehmend, dass die alte sicherheitspolitische Ordnung zerbreche und es sich nicht mehr wie früher auf die USA verlassen könne, stellt *Yascha Mounk* in der *Zeit*¹⁴ fest. Trotz wachsender Spannungen und Trumps feindseliger Haltung bleibe ein vollständiger Bruch jedoch unrealistisch, da Europa weiterhin auf amerikanische militärische und geheimdienstliche Unterstützung angewiesen sei und keine besseren Partner in Sicht seien. Die Antwort auf Europas Schwäche liege daher in einer zweigleisigen Strategie: pragmatisch mit verfügbaren Partnern zusammenzuarbeiten und gleichzeitig die eigene militärische, wirtschaftliche und technologische Handlungsfähigkeit massiv zu stärken. Ein Bruch mit Washington wäre naiv, denn er würde Europas Abhängigkeit von anderen autoritären Mächten nur erhöhen. Erst wenn Europa wirtschaftlich dynamischer, sicherheitspolitisch eigenständiger und technologisch konkurrenzfähig werde, könne es sein Schicksal wirklich selbst bestimmen.

Im Gespräch mit der *Frankfurter Rundschau*¹⁵ merkt *Frank Trentmann* an, Europa rüste zwar militärisch auf und versuche, die USA als verlässlichen Partner in der NATO zu halten, jedoch werde weiterhin keine gemeinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik zustande kommen, weil nationale Maßnahmen oft ins Leere liefen und der strategischer Zusammenhalt fehle. Unterschiedliche Militärkulturen sowie wirtschaftliche Zielkonflikte – besonders zwischen Deutschland und Frankreich – erschwerten eine einheitliche Linie, während Europa gleichzeitig sicherheitspolitisch verletzlich bleibe und in den nächsten Jahren weiter auf amerikanische Unterstützung angewiesen sei. Hinzu komme, dass es in Deutschland an politischer Führung, klarer Kommunikation und gesellschaftlicher Auseinandersetzung über sicherheitspolitische Pflichten mangle, was sich auch in einer verbreiteten Zurückhaltung gegenüber Bündnisverantwortung zeige. Parallel dazu leide die deutsche Wirtschaft unter jahrzehntelangen Investitionsversäumnissen, dem globalen Strukturwandel sowie Chinas technologischem Aufstieg, wodurch das alte exportorientierte Modell nicht mehr trage und eine europäisch koordinierte Industriepolitik nötig werde. Deutschland und Europa müssten sowohl wirtschaftlich als auch sicherheitspolitisch ihre Strukturen modernisieren und strategische Handlungsfähigkeit gemeinsam entwickeln, um in einer instabileren Weltlage bestehen zu können.

Leon de Winter konstatiert in der *Welt*¹⁶, Europa könne niemals eine echte Weltmacht werden, da ihm eine gemeinsame kulturelle Identität fehle, die notwendig wäre, um kollektive Opferbereitschaft und nationale Mythen zu bilden. Während Nationalstaaten wie die USA oder Russland über solche identitätsstiftenden Symbole und eine kulturelle „Seele“ verfügten, sei die EU ein bürokratisches, kulturell fragmentiertes Gebilde ohne gemeinsame emotionale Basis. Auch ein europäisches Heer sei eher unrealistisch, da Sprachbarrieren, fehlende gemeinsame Geschichte und mangelnde kulturelle Einheit seine Entstehung verhindern würden. Daher bleibe Europa strukturell zersplittert, und der Wunsch nach einer einheitlichen, starken europäischen Macht könne sich nicht erfüllen, und zeige der EU auf, dass ihre Grenzen in ihrer eigenen historischen und kulturellen Vielfalt liegen.

¹⁴ Yascha Mounk, Mit wem soll man sich denn sonst verbünden?, *Die Zeit*, 29.1.2026.

¹⁵ Michael Hesse, „Die Europäer sind in eine verwundbare Position geraten“. Fragen an den Historiker Frank Trentmann, *Frankfurter Rundschau*, 18.2.2026.

¹⁶ Leon de Winter, Diese EU ist dazu verdammt, seelenlos zu bleiben, *Die Welt*, 4.2.2026.

Nicole Deitelhoff beschreibt im *Spiegel*¹⁷, wie sich das Verhältnis zwischen den USA und Europa unter Donald Trumps zweiter Präsidentschaft massiv verschlechtert habe. Trumps Drohungen, Strafzölle und offene Regelbrüche wirkten radikal, seien aber historisch gesehen bekannt. Neu sei vor allem die Unverblümtheit, mit der die USA ihre Regelverstöße präsentierten, was Europa zwingt, die transatlantische Partnerschaft nüchterner zu betrachten. Während die USA schon immer bereit gewesen seien, internationales Recht zu umgehen, sei dies früher meist verschleiert geschehen, heute werde es offen zur Schau gestellt und demütige die europäischen Partner zusätzlich. Dadurch werde das bisherige „Wegschauen“ unmöglich, und Europa müsse sich stärker an eigenen Interessen orientieren. Ein Bruch mit den USA wäre unklug, aber Europa müsse lernen, die internationale Ordnung auch ohne einen verlässlichen amerikanischen Partner zu stabilisieren. Dazu gehöre, mehr Verantwortung zu übernehmen, eigene sicherheits- und ordnungspolitische Strukturen auszubauen und flexiblere Koalitionen zu bilden. Die regelbasierte Weltordnung könne weiter bestehen, doch Europa müsse aktiver werden und mehr Kosten übernehmen, um sie zu erhalten.

In der *Financial Times*¹⁸ betrachtet Anne-Marie Slaughter die unterschiedliche Konzeption westlicher Werte zwischen den USA und Europa, die eine grundlegende Uneinigkeit hinsichtlich der Grundlage des transatlantischen Bündnisses deutlich werden lasse. Marco Rubio habe in seiner Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz betont, Europa und die USA gehörten einer gemeinsamen westlichen Zivilisation an. Während beide Seiten den Eindruck von Einigkeit verstärken wollten – Rubio, um seine außenpolitische Anschlussfähigkeit trotz seines MAGA-Profiles zu beweisen, und die Europäer, um Unterstützung für die Ukraine und eine gemeinsame Haltung gegenüber Russland zu festigen – offenbare eine genauere Betrachtung grundlegende Unterschiede im Verständnis westlicher Werte. Rubio habe eine neue Form der Allianz gezeichnet, die weniger auf bestehenden Strukturen als auf einem erneuerten „westlichen Jahrhundert“ beruhe, das er klar mit weißer, christlicher und nationalistischer Identität verbinde. Damit lehne er universelle Werte ab, die historisch etwa in der amerikanischen und französischen Revolution verankert seien. Europäische Führungspersonlichkeiten wie Ursula von der Leyen, Friedrich Merz, Keir Starmer und Emmanuel Macron hätten als Reaktion darauf ein anderes Wertefundament betont: Freiheit, Frieden, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Gleichheit. Sie hätten die EU als ein politisches Projekt skizziert, das Frieden durch wirtschaftliche Verflechtung und geteilte Souveränität sichere, im Kontrast zu Rubios zivilisatorischem und exklusivem westlichen Selbstverständnis.

Im Gespräch mit dem *Handelsblatt*¹⁹ erklärt Volker Perthes, dass der Krieg in der Ukraine wohl erst mit der Erschöpfung der Kriegsparteien enden werde und ein international abgesicherter Waffenstillstand nötig sein dürfte. Russland habe sein Ziel, die Ukraine politisch zu dominieren, bereits verfehlt, auch wenn es Teile des Landes dauerhaft kontrollieren könnte. Der Kurs der Regierung unter Trump, der Druck vor allem auf die Ukraine ausübe, Moskaus Narrative übernehme und dadurch Allianzen beschädige, sei vollkommen unberechenbar. Die europäische Sicherheitsordnung sei durch den russischen Angriff zerstört, doch Europa rüste auf und entwickle sich sicherheitspolitisch weiter, auch wenn die USA weiterhin zentral für die nukleare Abschreckung bleiben würden. Das europäisch-amerikanische Verhältnis sei schon immer Spannungen ausgesetzt gewesen. Die USA leisteten im Rahmen von Artikel 5 des NATO-Vertrags zwar Beistand, bewahrten dabei aber strategische Ungewissheit und richteten jede Reaktion stets nach ihren eigenen geopolitischen Interessen aus, sodass ein bedingungsloses nukleares Eingreifen für Verbündete auch schon vor Trump nie garantiert gewesen sei. Die auf der UN-Charta basierende internationale Ordnung bestehe zwar fort, sei jedoch stark

¹⁷ Nicole Deitelhoff, Szenen einer Scheidung, *Der Spiegel*, 23.1.2026.

¹⁸ Anne-Marie Slaughter, Europe and America are locked in a struggle over 'western civilisation', *Financial Times*, 23.2.2026.

¹⁹ Jens Münchcrath/Sven Prange, „Da hat die Trump-Regierung recht“. Fragen an den Politikwissenschaftler Volker Perthes, *Handelsblatt*, 19.2.2026.

geschwächt und stehe vor ihrer größten Bewährungsprobe seit 1945, da sie nur überleben könne, wenn genügend Staaten sie aktiv verteidigten und nicht – wie im Moment Russland und die USA – ihre Bindung an gemeinsame Regeln zunehmend nur selektiv anerkennen würden.

In der *Financial Times*²⁰ macht *Rana Foroohar* deutlich, dass Donald Trump zwar keine Lösungen für die Probleme der globalen Ordnung biete, aber sehr genau die Bruchstellen des alten Systems erkenne und politisch ausnütze. Seine Fähigkeit, Widersprüche in Handel, internationalem Recht und globaler Verantwortung sichtbar zu machen, verschaffe ihm Einfluss, obwohl seine Politik vor allem auf Instinkt, Ablenkung und Macht basiere. Gleichzeitig zeige sein Auftreten die Versäumnisse westlicher Eliten auf, die lange die Schwächen der bestehenden Weltordnung ignoriert hätten. Trumps Erfolg resultiere daraus, dass er echte Fragen anspreche – wie etwa Migration, wirtschaftliche Ungleichheit, technologische Umbrüche und Chinas wachsenden Einfluss –, auf die die politischen Kräfte, in den USA wie international, endlich substantielle Antworten liefern müssten. Europa und andere Staaten sollten stärker über eigene Lösungen und eine neue, tragfähige Weltordnung nachdenken, statt nur auf Trump zu reagieren.

Im Interview mit dem *Handelsblatt*²¹ erklärt *Carl-Benedikt Frey*, dass technologische Entwicklungen wie Künstliche Intelligenz nicht zwangsläufig zu digitaler Unterdrückung führten, denn dies hänge von der Stärke demokratischer Institutionen ab. KI könne sowohl autoritäre Überwachungssysteme wie in China stützen als auch Menschen weltweit neue Lern- und Arbeitsmöglichkeiten eröffnen. Die Bewunderung mancher Tech-Milliardäre für autoritäre Regierungsformen sei ohne Grundlage, da Demokratien historisch betrachtet wirtschaftlich erfolgreicher und innovationsfreundlicher seien. In Acht müsse man sich aber vor globaler technologischer Stagnation nehmen. Trotz der großen Erwartungen an KI sei das Produktivitätswachstum in China, Europa und den USA rückläufig, da technologische Sprünge allein nicht ausreichen und institutionelle Hürden Innovationen ausbremsen würden. Besonders im medizinischen Bereich verhinderten aufwendige Regularien und Marktkonzentration schnelle Fortschritte. Große Unternehmen nutzten KI vor allem zur Optimierung bestehender Prozesse statt für echte Neuerfindungen, was die Innovationskraft weiter schwäche. Europa sei zusätzlich durch fragmentierte Dienstleistungsmärkte, hohe Regulierungskosten und geringere Flexibilität im Arbeitsmarkt ausgebremst. Die Wettbewerbspolitik der EU sei zwar ein Vorteil, habe aber keine eigenen Tech-Giganten hervorgebracht. Um global aufzuholen, brauche Europa mehr Dynamik, weniger institutionelle Blockaden und eine stärkere Harmonisierung des Binnenmarktes. Strategische Autonomie könne zwar sicherheitspolitisch sinnvoll sein, ersetze aber keine Wachstumsstrategie. Investitionen in Verteidigungstechnologie seien zudem kein Motor für wirtschaftlichen Fortschritt, historisch hätten Rüstungsprogramme eher Ressourcen aus innovativen Bereichen abgezogen, statt neue zivile Technologien hervorzubringen.

In der Debatte: Demokratie und Meinungsfreiheit

Michael Roth beschreibt in bei *WELTplus*²², wie in Deutschland der Eindruck einer eingeschränkten Meinungsfreiheit hätte entstehen können, obwohl zugleich eine massive Enthemmung der Sprache zu beobachten sei. Beleidigungen, Hass und antidemokratische Positionen würden zunehmend offen geäußert, während Kritik daran fälschlicherweise als Zensur bezeichnet

²⁰ Rana Foroohar, Trump is the wrong answer to the right questions, *Financial Times*, 26.1.2026.

²¹ Torsten Riecke, „Europa bekommt eine neue Chance“. Fragen an den Oxford-Ökonom Carl-Benedikt Frey, *Handelsblatt*, 13.2.2026.

²² Michael Roth, Der Widerspruch selbst wird verdächtig gemacht, *WELTplus*, 11.2.2026.

werde. Meinungsfreiheit werde häufig missverstanden als Anspruch darauf, ohne Widerspruch provozieren zu dürfen. Tatsächlich existiere weiterhin ein breites Meinungsspektrum, doch soziale Medien verstärkten Polarisierung und Einschüchterung. Autoritäre Kräfte nutzten den Vorwurf der „Meinungsdiktatur“, um Medien und demokratische Institutionen zu delegitimieren. Der eigentliche Verlust liege dabei nicht in der Meinungsfreiheit selbst, sondern im gemeinsamen Verständnis ihrer Verantwortung, denn Freiheit braucht Gegenrede, und demokratische Debatten lebten vom Aushandeln von Grenzen, nicht von deren pauschaler Auflösung.

In der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*²³ verknüpft Rainer Hank die aktuellen Debatten über Meinungsfreiheit mit den Prinzipien von John Stuart Mill, dem Verfasser von „On Liberty“, und seiner Frau Harriet Taylor. Mill betone, dass selbst falsche oder extreme Meinungen geschützt werden müssten, weil nur ihr offener Widerstreit zu lebendiger Wahrheit führe. In diesem Kontext sei es bedenklich, wenn Politiker Portale als „Feind der Demokratie“ bezeichneten und zum gesellschaftlichen Zusammenschluss gegen solche Stimmen aufgerufen würden. Während dies für eine Privatperson zulässig wäre, sei es problematisch, wenn ein aktiver Politiker andere Meinungen moralisch exkommuniziere, da Meinungsfreiheit die Bürger vor staatlicher Macht schützen solle und nicht umgekehrt. Das Ehepaar Mill würden argumentieren, dass weder „Faktenfreiheit“ noch subjektive Kränkung einen legitimen Grund darstellen könnten, Meinungen zu unterdrücken. Grenzen bestünden erst dort, wo Worte unmittelbar zu schädigendem Handeln würden. Es entstehe eine gefährliche Verschiebung, wenn der Politiker mithilfe von Freund-Feind-Rhetorik definieren würde, welche Ansichten demokratisch seien. Dies führe zu „toten Dogmen“ und schade der liberalen Debattenkultur, die Mill als Grundlage einer lebendigen Demokratie angesehen habe.

Martin Andree setzt sich in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*²⁴ mit der „Zerstörung der Freiheit im Namen der Freiheit“ auseinander und nimmt die rechtspopulistische Erzählung in den Blick, der zufolge nur alternative Medien und soziale Plattformen echte Meinungsfreiheit böten. Zugleich würden etablierte Medien und demokratische Institutionen als angebliche Zensoren diffamiert. Dieses Narrativ funktioniere als Falle, denn es teile die Rollen vorab so ein, dass Populisten und Techkonzerne als Verteidiger der Freiheit erscheinen, obwohl sie selbst längst die Macht über das Internet besitzen würden und durch algorithmische Steuerung Polarisierung, Desinformation und rechtspopulistische Inhalte verstärkten. Diese digitalen Monopole und ihr politisches Umfeld zerstörten somit die Grundlagen der Meinungsfreiheit, indem sie demokratischen Gesellschaften das Recht absprechen würden, die Regeln des öffentlichen Diskurses selbst festzulegen, und zugleich durch ihr Haftungsprivileg Verantwortung vermieden. Unbegrenzte Redefreiheit führe außerdem zu verbaler und realer Gewalt, schüchtere gemäßigte Stimmen ein und verzerre politische Sichtbarkeit. Die rechtslibertäre Strategie bestehe darin, die Meinungsfreiheit durch digitale Macht, Polarisierung und eine irreführende Debatte über angebliche Zensur systematisch auszuhöhlen, während in Wahrheit nicht die Frage „Was darf man sagen?“, sondern der Schutz der demokratischen Öffentlichkeit als Ganzes im Zentrum stehen müsste.

Im Gespräch mit der *Neuen Zürcher Zeitung*²⁵ analysiert Jörg Baberowski Donald Trumps politischen Stil, der radikal machtorientiert und ungewöhnlich offen sei. Trump lüge, ohne moralische Rechtfertigungen vorzuschieben, und mache Machtpolitik transparent, indem er Konflikte öffentlich inszeniere und politische Gegner vorführe. Diese Strategie funktioniere, weil sie in den USA auf einen gesellschaftlichen Resonanzboden treffe, der autoritäres Gebaren kritisieren dürfe, im Gegensatz zu Diktaturen wie Russland oder Iran, in denen öffentliche

²³ Rainer Hank, Freie Rede gilt für alle, *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 8.2.2026.

²⁴ Martin Andree, Das Internet sollte wieder uns allen gehören, *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 8.2.2026.

²⁵ Jonas Roth/Benedict Neff, „Trump sagt die Wahrheit, während er lügt“. Fragen an den Historiker Jörg Baberowski, *NZZ*, 3.2.2026

Gegenstimmen fehlten und der Staat Gewalt ungehindert einsetzen könne. Autoritäre Systeme würden ihre Macht nicht verlieren, weil ihre Propaganda unglaubwürdig werde, sondern weil sie Gewalt nicht mehr durchsetzen könnten. Sprache könne Gewalt legitimieren, aber nicht automatisch in Taten umsetzen; entscheidend sei die Bereitschaft, Hemmschwellen zu überwinden. Während Trump autoritäre Reflexe zeige, ihn jedoch demokratische Strukturen begrenzten, herrschten in Russland und Iran weitgehend kontrollierte Öffentlichkeiten, die Kritik kaum zuließen und Gewalt durch Angst stabilisierten. Im Iran führe wachsender gesellschaftlicher Widerstand jedoch dazu, dass regimetypische Feindbilder nicht mehr funktionierten. Aktuelle Gewaltphänomene sollte man aber nicht als neues Zeitalter der Gewalt deuten, vielmehr sei Gewalt global stets präsent gewesen, aber oft ignoriert worden. Die internationale Ordnung befinde sich im Wandel. Neben den USA definierten heute auch Russland und China als Hegemonialmächte ihre Einflusszonen neu, was die internationale Politik unberechenbarer mache. Trumps Politik sei eine Reaktion auf diese multipolare Welt, da er riskante militärische Interventionen meide und amerikanische Interessen konsequent machtpolitisch verfolge. Der europäische Kontinent verliere an Bedeutung und da er pazifistisch geprägt sei, blieben Appelle an die „Kriegstüchtigkeit“ unrealistisch, solange es an gesellschaftlicher Akzeptanz und militärischer Kultur fehle.

Rezensionen

In der *Süddeutschen Zeitung*²⁶ befasst sich *Robert Probst* mit dem von **Stephan Lehnstaedt** herausgegebenen Buch **Die Wirkung der Wiedergutmachung. Internationale Perspektiven auf die Erfahrungsgeschichte der deutschen Entschädigung für NS-Unrecht**, mit dem es gelinge, „eine echte Lücke in der NS-Forschung zumindest teilweise [zu] schließen“.

Philipp Lenhard stellt in der *FAZ*²⁷ den von **Hans Kundnani** herausgegebenen Sammelband **Hyper-Zionismus. Germany, the Nazi Past and Israel** vor, dessen „zentrales Anliegen [...] eine Revision der deutschen Erinnerungskultur“ sei und in dessen Beiträgen es „Verzerrungen“ zuhauf gebe.

Susanne Siegert habe sich in ihrem Buch **Gedenken neu denken. Wie sich unser Erinnern an den Holocaust verändern muss**, das *Thomas Radlmaier* in der *Süddeutschen Zeitung*²⁸ betrachtet, Überlegungen angestellt, wie man das „Gedächtnistheater“ verändern müsse, um es wieder zu mehr als einer „Phrase“ zu machen: „Diese Erweiterung der Perspektive gelingt laut Siegert, wenn sich die Nachkommen der damaligen Täter, Mitläufer, Mitwisser, Nichtssager, Sichwegducker – also die meisten Deutschen – der kollektiven Verantwortung ihrer Vorfahren für die Verbrechen endlich bewusst werden.“

Roman Töppel habe mit seiner Darstellung **Manstein – Kriegstagebücher und Briefe 1939–1941** ein „wichtiges Buch – gut 550 Seiten, nebst Karten und einem umfassenden Anmerkungs- und Quellenapparat – zur Geschichte des Westfeldzugs im Zweiten Weltkriegs vorgelegt. Man darf gespannt sein auf die angekündigten zwei weiteren Bände, die sich mit Mansteins Wirken in der Operation ‚Barbarossa‘ befassen werden“ merkt *Oliver Kühn* in der *FAZ*²⁹ an.

„**Christina Strunck** hat ein faszinierendes, einfühlsames und differenziertes, daher sehr empfehlenswertes Buch geschrieben über Menschen in der Diktatur. Über die Mitglieder ihrer

²⁶ Robert Probst, Versöhnung verpflichtet, SZ, 9.2.2026.

²⁷ Philipp Lenhard, Gegen die deutsche Erinnerungskultur, FAZ, 11.2.2026.

²⁸ Thomas Radlmaier, Schmerzhaftes Fragen an das „Gedächtnistheater“, SZ, 26.1.2026.

²⁹ Oliver Kühn, Die Legende von Hitlers Generalen, FAZ, 10.2.2026.

eigenen Familie“ merkt *Joachim Käppner* in der *Süddeutschen Zeitung*³⁰ über **Die Aufsteiger – Deutscher Mittelstand unter Hitler: Eine Familiengeschichte** an.

In der *Süddeutschen Zeitung*³¹ weist *Robert Probst* auf den von **Tilman Allert** und **Maurizio Bach** herausgegebenen Band **M. Rainer Lepsius: Soziologie des Nationalsozialismus** hin, mit dem die Vorlesung des Soziologen „über Hitler als charismatischen Herrscher erstmals ediert“ vorliege.

Frank Bösch weist in der *FAZ*³² auf den von **Andreas Wirsching**, **Stefan Creuzberger** und **Hélène Miard-Delacroix** herausgegebenen Band **Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1994**, hin, in dem deutlich werde, „wie die Bundesregierung eher tastend eine Position in einer komplexeren Weltlage suchte. Die neue Bedeutung der NS-Vergangenheit bremste dabei oft ihre Ambitionen.“

In der *FAZ*³³ nimmt *Wilfried Loth* **Auf dem Weg zur Europäischen Union. Die Europapolitik von Hans-Dietrich Genscher in den Jahren 1981 bis 1992** von **Felix Diekmann** in den Blick, der sich in einer „substanziellen Studie“ mit der zentralen, aber bislang unterschätzten Rolle Hans-Dietrich Genscher im europäischen Einigungsprozess auseinandergesetzt habe.

In seiner „akribischen Studie“ **Verboten, unvereinbar, geheim?** gelinge es **Florian Schmaltz**, die militärische Forschung der Max-Planck-Gesellschaft kritisch mit Hilfe von Fallbeispielen zu beleuchten und einzuordnen – eine Frage, die sich aktueller denn je stelle, so *Gregor Grosse* in der *FAZ*³⁴.

In seinem „gelehrten, sprachlich geschliffenen Buch“ **Souveräne Entscheidungen** – so *Eckhard Jesse* im *Cicero*³⁵ – mache sich **Philipp Lepenies** Gedanken über die „Fragilität der Demokratie“.

Fran Osrecki befasst sich in der *FAZ*³⁶ mit **Wie Diktaturen funktionieren. Muster, die verbinden – Ein Katalog** von **Fritz B. Simon**, das weder „Sachbuch“ noch „Fachbuch“ sei und stellt fest, die Einordnung falle deshalb schwer, weil „dieses eigentümlich hemdsärmelige Werk“ an den selbst gestellten Ansprüchen scheitere.

Steve Crawshaw sei es gelungen, mit **Vor Gericht. Kriegsverbrechen und die Geschichte der internationalen Justiz** eine „spannende Geschichte des Völkerstrafrechts aus der Sicht eines Journalisten und Menschenrechtlers“ vorzulegen, urteilt *Finn Hohenschwert* in der *FAZ*³⁷.

Tobias Rapp merkt im *Spiegel*³⁸ an, **Holger Stark** schildere in **Das erwachsene Land. Deutschland ohne Amerika – eine historische Chance**, dass die deutsch-amerikanische Entfremdung eine lange Geschichte habe und mache deutlich, „wie komplex die Weltlage ist und was sie ihren Protagonisten dadurch abverlangt“.

Mit ihrem Buch **Das Versagen. Eine investigative Geschichte der deutschen Russlandpolitik** zeichneten **Katja Gloger** und **Georg Mascolo** „die deutsche Politik gegenüber Russland minuziös nach“ und ihr „investigativer Quellenzugang“ mache das Buch „lesenswert“, stellt *Jörg Himmelreich* in der *Neuen Zürcher Zeitung*³⁹ fest.

³⁰ Joachim Käppner, Stützen des Systems, SZ, 18.2.2026.

³¹ Robert Probst, Deutschlands Entschleimer, SZ, 16.2.2026.

³² Frank Bösch, Putin wollte die Krim schon 1994, FAZ, 27.1.2026.

³³ Wilfried Loth, Als Genscher Kohl Beine machte, FAZ, 17.2.2026.

³⁴ Gregor Grosse, Forschen für Krieg und Frieden, FAZ, 10.2.2026.

³⁵ Eckhard Jesse, Gefährdete Demokratie, Cicero, 30.1.2026.

³⁶ Fran Osrecki, Bestiarium des Autoritären, FAZ, 30.1.2026.

³⁷ Finn Hohenschwert, An Milosevics Bodyguards vorbeigeschlichen, FAZ, 17.2.2026.

³⁸ Tobias Rapp, Geschichte einer Entfremdung, Der Spiegel, 23.1.2026.

³⁹ Jörg Himmelreich, Schröders Glaube und Merkels Irrtum, NZZ, 29.1.2026.

Das Buch **Verfeindlichung. Demokratien am Ende des freundlichen Zeitalters** von **Udo Di Fabio** sei – so *Wolfgang Janisch* in der *Süddeutschen Zeitung*⁴⁰ – ein „Plädoyer für die Revitalisierung gesellschaftlicher Kräfte durch den Mut zu Freiheit und Eigenverantwortung, die unter der Bevormundung eines regulatorischen und letztlich besserwisserischen Staatswesens erdrückt würden“.

Jana Hensel habe mit **Es war einmal ein Land** ein „ratloses Buch über den deutschen Osten geschrieben. Das müsste nicht schlimm sein, der Weltlauf kann im Augenblick die klügste Autorin überfordern. Das Problem ist ein anderes: Wer über den Aufstieg der radikalen Rechten im Osten schreibt und sich dann weigert, genau hinzuschauen, hat seine Ratlosigkeit selbst gewählt“ urteilt *Tobias Rapp* im *Spiegel*⁴¹.

In ihrem Gesprächsband **Die neue Mauer. Ein Gespräch über den Osten** würden **Ilko Sascha Kowalczyk** und **Bodo Ramelow** „ungewohnte deutsch-deutsche Perspektiven“ bieten, konstatiert *Markus Wehner* in der *FAZ*⁴².

Lukas Fuhr stellt über **Der große Umbruch. Ein Gespräch über Krisen, Konflikte und Kompromisse** von **Ricarda Lang** und **Steffen Mau** in der *FAZ*⁴³ fest: „Auf 400 Seiten werden hier politische Grundfragen erörtert, eher Haltungen ausbuchstabiert als Haurucklösungen propagiert. Der Soziologe, selbst ein in der Politik gefragter Gegenwartsdeuter, kann immer wieder mit skeptischen Einwüfen Anlässe für Perspektivwechsel bieten, die Politikerin herausfordern. Das tut dem Nachdenken über politische Programme gut und ist auch für denjenigen aufschlussreich, der politische Grundsatzfragen anders gewichten würde als Lang und Mau.“

„The book is comprehensive, covering everything from the emergence of China as a great power to the battle over the future of money, the risks of new technologies and the malaise afflicting democracies“ lautet das Urteil von *Max Harris* in der *Financial Times*⁴⁴ über das Buch **The Doom Loop: Why the World Economic Order Is Spiraling into Disorder** von **Eswar S. Prasad**.

In der *Financial Times*⁴⁵ stellt *Stephen Bush* Bücher vor, die die Gefahren für die liberale Demokratie und ihre mögliche Rettung in den Blick nehmen: **Why Populists Are Winning: and How to Beat Them** von **Liam Byrne**; **Politics Without Politicians: The Case for Citizen Rule** von **Hélène Landemore**; **Gordon Brown: Power with Purpose** von **James Macintyre** sowie **Separation of Powers: How to Preserve Liberty in Troubled Times** von **Cass R. Sunstein**.

In der *FAZ*⁴⁶ weist *Dietmar Dath* auf zwei Bücher hin, die sich mit den Ursprüngen des Denkens von Karl Marx auseinandersetzen: **Marx als Demokrat oder: Das Ende der Politik** von **Alex Demirovic** sowie **Citizen Marx. Republicanism and the Formation of Karl Marx's Social and Political Thought** von **Bruno Leipold**.

Rainer Mühlhoff verknüpfe in **Künstliche Intelligenz und der neue Faschismus** „die politische und technologische Entwicklung der USA“ und liefere – so *Uwe Ebbinghaus* in der *FAZ*⁴⁷ – „eine anregende Beschreibung dessen, was in Trumps Amerika vor sich geht, das sich mehr und mehr von demokratischen Maßstäben entfernt und oligarchischen sowie autokratischen Formen annähert.“

⁴⁰ Wolfgang Janisch, Mut zur Freiheit statt Bevormundung, SZ, 16.2.2026.

⁴¹ Tobias Rapp, Selbst gewählte Ratlosigkeit, Der Spiegel, 6.2.2026.

⁴² Markus Wehner, Ostdeutscher Junge schwärmt vom Bundestag, FAZ, 27.1.2026.

⁴³ Lukas Fuhr, Dem Soziologen sei Dank!, FAZ, 3.2.2026.

⁴⁴ Max Harris, The Doom Loop – an economic portrait of a world on the brink, Financial Times, 28.1.2026.

⁴⁵ Stephen Bush, Ways to save liberal democracy – the pick of the latest political books, Financial Times, 23.2.2026.

⁴⁶ Dietmar Dath, Warum denn gleich das Eigentum abschaffen?, FAZ, 17.2.2026.

⁴⁷ Uwe Ebbinghaus, Muss es denn Faschismus sein?, FAZ, 3.2.2026.

Katharina Zweig habe mit **Weiß die KI, dass sie nichts weiß? Wofür wir Chatbots und KI-Agenten nutzen sollten, wo sie sich irren und wo wir aufpassen müssen – ChatGPT und Co. einfach erklärt** ein Buch vorgelegt, das sich „kaum für KI-Optimisten [eigne], die schon tief in der Fachdiskussion stecken, sondern mehr für jene, denen der ganze Boom von Anfang an ein bisschen Sorge machte. Zweigs interdisziplinärer Zugang ermöglicht dabei den Ansatz einer Vogelperspektive, die in der täglichen Diskussion oft fehlt“, konstatiert *Patrick Schlereth* in der *FAZ*⁴⁸.

Michael Zöller betrachtet in der *FAZ*⁴⁹ **The West. The History of an idea** von **Georgios Varouxakis**, der darin die Geschichte des Westens als politische Idee beschreibe und damit eine „beeindruckende Gelehrsamkeit und wegen der gelegentlichen Bosheiten sogar eine vergnügliche Lektüre“ biete.

„**Daniel Neep's** excellent account corrects the traditional narrative to show a nation surviving and resisting the powers that have vied to dominate it“ urteilt *Charles Glass* in der *Financial Times*⁵⁰ über **A History of Modern Syria**.

Max Hastings weist in der *Sunday Times*⁵¹ auf **Exit Stalin: The Soviet Union as a Civilization, 1953–1991** von **Mark B. Smith** hin, das, da sehr düster, keine leichte Lektüre sei, aber sei ein wichtiges Buch für jeden es, der das moderne Russland verstehen wolle.

„A dazzling reassessment of the continent's historic handicaps, and its potential for economic development“ lautet die Einschätzung von *David Pilling* in der *Financial Times*⁵² über **How Africa Works: Success and Failure on the World's Last Developmental Frontier** von **Joe Studwell**.

In seinem Buch **The Broken China Dream: How Reform Revived Totalitarianism** analysiere **Minxin Pei** China vom Beginn der Reformära in den späten 1970er Jahren, als die Führung unter Deng Xiaoping die Kräfte des Marktes nutzte, um das Land aus der maoistischen Erstarrung zu lösen, bis zum heutigen Tag, wobei deutlich werde, es sei zutreffender, Xi Jinping als Teil eines kommunistischen Kontinuums und nicht als radikalen Reformen zu sehen, stellt *Richard McGregor* in der *Financial Times*⁵³ fest.

⁴⁸ Patrick Schlereth, Die Grenzen der KI, *FAZ*, 9.2.2026.

⁴⁹ Michael Zöller, Dieser Westen, wo liegt er nur?, *FAZ*, 3.2.2026.

⁵⁰ Charles Glass, A History of Modern Syria – the people at the heart of their own story, *Financial Times*, 28.1.2026.

⁵¹ Max Hastings, What Russian life was really like after Stalin's death, *The Sunday Times*, 31.1.2026.

⁵² David Pilling, How Africa Works by Joe Studwell – how to change the economic trajectory, *Financial Times*, 4.2.2026.

⁵³ Richard McGregor, The Broken China Dream – how Xi turned back the clock on reform, *Financial Times*, 22.1.2026.

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Denise Lindsay

Referentin Abteilung Zeitgeschichte

denise.lindsay@kas.de

kas.de

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2026, Berlin

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieser Publikation ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)